



## **Ausschuss für Kommunalpolitik**

### **58. Sitzung (öffentlich)**

20. Mai 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:45 Uhr bis 9:50 Uhr

Vorsitz: Christian Dahm (SPD)

Protokoll: Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion**

**3**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/5751

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Schulausschusses am 25.06.2014 pflichtig zu beteiligen.

Die abschließende Beratung will der Ausschuss am 02.07.2014 zusammen mit dem federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung führen.



## Aus der Diskussion

### **Gesetz zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 16/5751

**Vorsitzender Christian Dahm** leitet zur zusätzlich einberufenen Sitzung ein, das Plenum habe den Gesetzentwurf am 14.05.2014 zur Federführung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung überwiesen. Neben dem Haushalts- und Finanzausschuss sei der AKo zur Mitberatung tangiert. Der federführende Ausschuss habe zwischenzeitlich mitgeteilt, dass er in der morgigen Sitzung eine Anhörung von Sachverständigen für den 25.06.2014 – 15:45 bis 17:45 Uhr – beschließen wolle. Die abschließende Beratung dort sei für den 02.07.2014 – vor der Plenarsitzung – geplant.

**Sigrid Beer (GRÜNE)** bestätigt dieses Vorgehen aus der Obleuterunde des federführenden Ausschusses für Schule und Weiterbildung. Gemäß der Vereinbarung sei am gleichen Tag auch die Beschlussfassung im Plenum vorgesehen, damit gewährleistet sei, dass die Umsetzung des Gesetzes rechtzeitig erfolgen könne. Da es nur zwei Plenartage in der Woche gebe, könnte gegebenenfalls eine dritte Lesung am zweiten Tag stattfinden.

**Vorsitzender Christian Dahm** merkt weiter an, der federführende Ausschusses werde sich morgen voraussichtlich darauf verständigen, die kommunalen Spitzenverbände vor die Klammer ziehen und darüber hinaus zwei Sachverständige pro Fraktion zu benennen. Heute sollte sich der AKo darauf verständigen, wie man sich an der Anhörung beteiligen und wie man weiter beraten wolle. Er rege aufgrund des besonderen kommunalen Überhangs an, dass sich der Ausschuss pflichtig beteilige.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, sich an der geplanten Anhörung des federführenden Schulausschusses am 25.06.2014 pflichtig zu beteiligen.

Die abschließende Beratung will der Ausschuss am 02.07.2014 zusammen mit dem federführenden Ausschuss für Schule und Weiterbildung führen.

gez. Christian Dahm  
Vorsitzender

16.06.2014/18.06.2014

